

Romero Initiative (CIR)  
Schillerstraße 44a  
48155  
Münster

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen  
Kommissar für Handel Valdis Dombrovskis  
Europäische Kommission  
Rue de la Loi / Wetstraat 200  
1049 Brüssel

## **Bitte verhindern Sie jegliche Abschwächung der Unternehmensverantwortung in Lieferketten!**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin von der Leyen,  
sehr geehrter Herr Kommissar Dombrovskis,

ich schreibe Ihnen als Referent für Unternehmensverantwortung bei der Romero Initiative (CIR), einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die sich für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in globalen Lieferketten einsetzt. Mit großer Sorge haben wir Ihre Ankündigung zur Kenntnis genommen, einen Vorschlag für eine Vereinfachung der EU-Regulierungen im Bereich Unternehmensverantwortung vorzulegen. Sie haben bereits im vergangenen Jahr in Aussicht gestellt, durch eine sogenannte „Omnibus-Regulierung“ die EU-Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) und die Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) zu vereinfachen. Ziel des Vorhabens sei es, überlappende und überflüssige Berichtspflichten zu eliminieren. Als Romero Initiative befürchten wir jedoch, dass aufgrund der massiven Unternehmenslobby die in langen Prozessen erarbeiteten Regulierungen erheblich abgeschwächt oder sogar ausgesetzt werden könnten.

Wir stehen in engem Kontakt mit Gemeinden und Organisationen in Lateinamerika, die selbst von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den Lieferketten europäischer Unternehmen betroffen sind oder davon berichten. Erst kürzlich haben wir aufgedeckt, dass deutsche Unternehmen Rohstoffe beziehen, die mit gewaltsamer Repression, Vertreibungen, Umweltzerstörung und gesundheitlichen Schädigungen der Bevölkerung in Verbindung stehen.

- Die [US-amerikanischen Agrarkonzerne ADM und Cargill](#) mit bedeutender Präsenz in der EU handeln mit Palmöl des honduranischen Unternehmens Dinant, das hinter gewaltsamer Repression und Vertreibungen hunderter kleinbäuerlicher Familien durch bewaffnete Gruppen steht. Besonders in den letzten Monaten ist die Gewalt immer

wieder eskaliert. Das durch Dinant hergestellte Öl gelangt unter anderem in die Lieferketten von Flora Food, Vandemoortele und Pepsico.

- Das [deutsche Unternehmen Aurubis](#) importiert Kupfererz aus Mega-Minen in Panama und Mexiko. Der mexikanische Lieferant Grupo México hat nach einer Bergbaukatastrophe nie Abhilfe für tausende betroffene Menschen geleistet und gefährdet so nachweislich weiterhin ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlagen. Das panamaische Bergbauunternehmen Minera Panamá, von dem Aurubis Kupfererz bezog, hat jahrelang ein illegales Mega-Bergbauprojekt betrieben, das gewaltsame Konflikte schürte und für Umweltrechtsverstöße verantwortlich ist.

Diese Beispiele machen deutlich, dass Menschenrechte und die Umwelt in Lieferketten nur durch ambitionierte Regulierungen geschützt werden können. Die Fälle sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Zivilgesellschaftliche Organisationen weisen immer wieder Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den Lieferketten europäischer Unternehmen nach. Umso beunruhigender ist es, dass Betroffene in den Lieferketten und Zivilgesellschaft weitgehend von den Beratungen zur geplanten Omnibus-Regulierung ausgeschlossen waren. So waren die *Roundtables Consultations* zum Prozess einseitig auf die Interessen von Unternehmensverbänden ausgerichtet, die die Nachhaltigkeitsregulierung unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus aushöhlen oder aussetzen wollen. Diese Verbände spreche aber bei weitem nicht für alle Unternehmen. [Zahlreiche Unternehmen](#) verschiedener Größen haben sich in den letzten Jahren immer wieder für starke Regulierungen der Sorgfaltspflichten in Lieferketten ausgesprochen.

Zu den Lobbyanstrengungen verschiedener Verbände auf EU-Ebene kommen die Bestrebungen deutscher Parteien, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abzuschaffen. Sollte sowohl das deutsche Gesetz als auch die EU-Regulierung aufgehoben werden, würden die jahrelangen Bemühungen um verbindliche und wirksame Unternehmensverantwortung weitgehend zunichtegemacht. Dies würde den Betroffenen in den Lieferketten ein fatales Signal senden: dass europäischen Entscheidungsträger\*innen die Einhaltung von Mindeststandards letztlich doch nicht mehr wichtig ist.

Wir fordern Sie auf, zum EU-Lieferkettengesetz und der Nachhaltigkeitsberichtserstattung, die zentralen Säulen des European Green Deals darstellen, zu stehen. Verhindern Sie jegliche Versuche, diese Regulierungen für eine nachhaltigere und gerechtere Wirtschaft abzuschwächen! In Zeiten, in denen autoritär regierte Länder zunehmend imperialistisch agieren, sich Ressourcen schamlos aneignen und Anstrengungen für eine nachhaltige Wirtschaft torpedieren, muss die EU zu ihren Werten stehen. Dazu gehört auch, europäische Unternehmen wirksam aufzufordern, diese Werte in ihren Lieferketten zu achten.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Wimberger  
Referent für Unternehmensverantwortung, Romero Initiative (CIR)